



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Umwelt, Klima und
Energie -

Tagesordnung I Punkt 9 der öffentlichen Sitzung am 25. Juni 2024

Vorlagen-Nr. 24-F-15-0027

Illegale Müllentsorgung - Kosten für die LHW - Antrag der Fraktion FWG / Pro Auto vom 19.06.2024 -

Illegale Müllentsorgung ist ein ernstzunehmendes Problem in Wiesbaden, das auch eine finanzielle Belastung für die Stadt und damit den Steuerzahler darstellt. Trotz vorhandener, unserer Ansicht nach ausreichender, Müllentsorgungssysteme entscheiden sich manche Bürger dazu, ihren Abfall bzw. Sperrmüll unsachgemäß zu entsorgen, was zusätzliche Kosten und zusätzlichen Arbeitsaufwand nach sich zieht, zum Beispiel für die Reinigung und Entsorgung des illegal abgelagerten Mülls.

Diese illegale Entsorgung von Abfällen beeinträchtigt nicht nur die Umwelt, sondern auch das Erscheinungsbild der Stadt sowie die Lebensqualität ihrer Bewohner.

Der Ausschuss Umwelt, Klima und Energie möge beschließen,

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. Wie viele Fälle im Jahr auftreten und welche Kosten jährlich für illegale Müllentsorgung anfallen.
2. Welche Erfolgsquote die Ermittlung und Verfolgung der Müllsünder hat.
3. Ob es Stadtteile in der Landeshauptstadt gibt, in denen besonders häufig illegal Müll entsorgt wird. Falls ja, um welche Stadtteile handelt es sich?

Ergänzungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 25.06.2024 zum TOP I.9 Illegale Müllentsorgung - Kosten für die LHW der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie am 25. Juni 2024

Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie möge beschließen:

der Magistrat wird gebeten,

4. zu berichten, wie viele illegale Müllentsorgungen durch die App Sauberes Wiesbaden gemeldet wurden?
5. zu berichten, wie bei den Meldungen das Verhältnis zwischen eingegangenen Meldungen per App, E-Mail, Telefon und Brief ist?

Beschluss Nr. 0047

1. Die mündlichen Ausführungen von Frau Bürgermeisterin Hinnerger, Herrn Dr. Friedrich (Umweltamt) und Herrn Patsch (ELW) werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Antrag der Fraktion FWG / Pro Auto vom 19.06.2024 sowie der Ergänzungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 25.06.2024 sind durch Aussprache erledigt.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .07.2024

Konstanze Küpper
Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .07.2024

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .07.2024

Dezernat II und Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme

in Vertretung
Christiane Hinnerger
Bürgermeisterin